

Die Bürgermehrheit nutzen

Gemeinderäte aus Gottenheim und Bötzingen verabschieden eine Resolution

Gottenheim. So ungemütlich wie das Wetter war am Montagmorgen im Gottenheimer Rathaus und anschließend beim Ortstermin auf der Brücke über die Kaiserstuhlbahn Richtung Bötzingen die Stimmung der Bürgermeister, CDU-Abgeordneten und Vertreter der Bürgerinitiativen (BI) für den Bau der B-31-West, die sich eingefunden hatten. Gemeinsam wollten die Bürgermeister, unterstützt von den BI-Vertretern, noch einmal ihre Verärgerung über den Planungsstopp deutlich machen, den Verkehrsminister Hermann kürzlich für den letzten Bauabschnitt bis Breisach verhängt hatte.

„Vor allem hat uns der Kommunikationsstil geärgert“, betonte Gottenheims Bürgermeister Volker Kieber, dessen Gemeinde besonders von der Entscheidung des Verkehrsministeriums betroffen ist. In Gottenheim endet der erste Abschnitt der B-31-West im Sommer 2012 und der Verkehr nach Breisach wird vom Anschluss Bötzingen wieder in den Ortskern von Gottenheim geleitet.

Fertiggestellt wurden schon die Brücken, die auch den 2. Abschnitt der Bundesstraße anbinden sollen. „Die Brücke über die Kaiserstuhlbahn steht nun als Denkmal einer schlechten Entscheidung sinnlos auf unserer Gemarkung“, klagte Kieber gegenüber den CDU-Politi-



Ortstermin auf der Brücke: Bürgermeister Volker Kieber (rechts) erklärt auf der Brücke bei Gottenheim den Landtagsabgeordneten Willi Stächele (2. von rechts) und Dr. Patrick Rapp (4. von rechts) sowie Bürgermeisterkollegen den geplanten Verlauf der B-31-West, die jetzt auf Eis gelegt wurde. Foto: ma

kern Willi Stächele und Dr. Patrick Rapp, die gekommen waren, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Beide betonten, den Planungsstopp der B-31-West wolle man keinesfalls hinnehmen. „Wir fordern ganz klar, dass die Planungen für den 2. Abschnitt wieder aufgenommen werden“, so auch Gottenheims Bürgermeister.

In einer Resolution, die diese Woche von den Gemeinderäten in Bötzingen und Gottenheim verabschiedet werden soll, fordern die beiden unmittelbar betroffenen Gemeinden „die Fortsetzung des Planfestellungsverfahrens und den Weiterbau der B-31-West bis Breisach“. Die Resolution soll am Wochenende an Minister Winfried Hermann geschickt werden. „Wir werden diese Forderungen auf allen Ebenen stellen“, so Kieber. Unterstützt werde man vom

Landkreis und vom Regionalverband.

Keine zukunftsfähigen Lösungen erwarten die Bürgermeister von den Verkehrslenkungsmaßnahmen, die beim Runden Tisch in Ihringen diskutiert wurden, den die Grünen-Abgeordnete Bärbl Mieliich einberufen hatte. Auch die Bürgerinitiativen fühlten sich dort nicht ernst genommen. „Das war eine große Farce“ so die BI-Vorsitzende aus Gottenheim, Alexandra Dankert. Die CDU-Abgeordneten Rapp und Stächele wollen die Gemeinden bei ihrem Kampf für den Weiterbau unterstützen. „Sie sollten die Landesregierung mit ihren eigenen Mitteln schlagen und auf die Bürger setzen“, so Stächele. Ein breiter Konsens in der Bevölkerung und Aktionen könnten am ehesten zur Wiederaufnahme der Planungen führen. **Marianne Ambs**